



Niederschrift über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (HFA/XV/027/2010)

Sitzungstermin: Dienstag, den 02.11.2010
Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 17:04 Uhr
Ort, Raum: Rathaus-Neubau, Zimmer 413

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Hauke Sattler

stellv. Vorsitzende/r

Herr Paul Foest

Ausschussmitglieder

Frau Margrit Bächle-Fiks

Frau Sandra Bockhöfer

Herr Walter Düngemann

Herr Olav Fricke

Herr Wilhelm Mohr

Herr Michael Runden

Herr Heinz Dieter Schmidt

Herr Remmer Schröder

stellv. Mitglieder

Herr Dr. Matthias Klasen

für Herrn Dr. Dröge

Verwaltung

Herr Heinz Hauschild

Erster Stadtrat

Herr Arnold Hinrichs

Herr Hans-Hartmut Lüken

Herr Hartmut Schubert

zugleich Protokollführung

Herr Holger Schüür

Abwesend:

Ausschussmitglieder

Herr Dr. Kai Dröge

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 30-09-2010 (XV/26)
- 3 Entscheidung über die Jahresrechnung 2008 gem. § 101 NGO
 - a) Beschluss über die Jahresrechnung
 - b) Entscheidung über die Entlastung des Bürgermeisters
(sh. Schreiben an alle Ratsmitglieder vom 22. Okt. 2010)
- 4 Haushalt 2011
 - Verwaltungshaushalt (Entwurf)
 - (wird Freitag nachgereicht)
- 5 Vergnügungssteuer
 - Sachstandsbericht
 - 1. Änderungssatzung
 - Vorlage: 1.202/XV/1129/2010
- 6 Informationen
- 7 Anfragen

Protokoll/Niederschrift:

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende eröffnete um 16.00 Uhr die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Er begrüßte Herrn Ersten Stadtrat Heinz Hauschild zu seiner ersten Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses der Stadt Leer/Ostfriesland.

TOP 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 30-09-2010 (XV/26)

Beschluss: (Einstimmig)

Die Niederschrift wird genehmigt.

TOP 3 Entscheidung über die Jahresrechnung 2008 gem. § 101 NGO **a) Beschluss über die Jahresrechnung** **b) Entscheidung über die Entlastung des Bürgermeisters** **(sh. Schreiben an alle Ratsmitglieder vom 22. Okt. 2010)**

Herr Hauschild verwies einleitend auf die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung zu den Anmerkungen des Rechnungsprüfungsamtes zum Schlussbericht 2008 und bat den Ausschuss um Entlastung.

Für Herrn Runden sei der Bericht nicht rechtzeitig der Politik vorgelegt worden. Nach den Vorschriften der NGO habe die Verwaltung die Jahresrechnung innerhalb von drei Monaten nach Ablauf des Kalenderjahres zu erstellen. Dies sei hier weit übersritten worden. Für die Beratung des Haushaltes 2011 schlage er vor, zunächst die Vorlage des Berichtes 2009 abzuwarten.

Herr Hauschild bestätigte, dass die Jahresrechnung bis Ablauf des 31. März zu erstellen sei.

Herr Lüken informierte, dass der Beschluss des Rates entsprechend § 101 I Satz 3 der NGO zum Schlussbericht 2008 allerdings bis Ablauf des Jahres 2009 hätte erfolgen müssen. Das RPA habe erneut auf die verspätete Vorlage der Jahresrechnung hingewiesen; dadurch verzögere sich letztlich für das RPA auch die Erstellung des Schlussberichtes.

Für Herrn Düngemann sei dieser Bericht im Vergleich zu den Vorjahren für die Verwaltung sehr schmeichelhaft ausgefallen; es fehle für ihn die gewohnte Brisanz.

Dies zu deuten, so Herr Lüken, obliege dem Rat.

Herr Schmidt könne die Ansicht von Herrn Düngemann nicht teilen; immerhin würden erstmalig einige Bereiche fehlen aufgrund der Ausgliederung zu den Stadtwerken. Im Namen der SPD-Fraktion spreche er dem RPA seinen Dank für den vorliegenden Bericht aus.

Gleichzeitig aber bat Herr Schmidt darum, dem Ausschuss frühzeitig den Haushalts-sicherungsbericht vorzulegen.

Herr Runden bat erneut darum, den Schlussbericht 2009 kurzfristig zu erhalten.

Herr Hinrichs verwies darauf, dass die Ergebnisse der Jahresrechnung 2009 bereits am 30. September 2010 dem Ausschuss vorgelegt worden seien. Dort sei auch darüber berichtet worden, dass der Sollfehlbedarf auf rd. 7,64 Mio. € habe gesenkt werden können. Auch seien dort dezidierte Informationen zu einzelnen Bereichen des Verwaltungs- und des Vermögenshaushaltes vorgelegt worden.

Für Frau Bockhöfer seien wiederum die Haushaltsreste ein grundsätzliches Thema. Es werde von der FDP-Fraktion ein Antrag kommen, der dies erneut zur Diskussion stellen werde; auch würde er Maßnahmen enthalten, die aus der Umsetzung heraus-zunehmen seien. Dann solle nochmals auf den Beschlussvorschlag des RPA auf Seite 29 eingegangen werden.

Herr Lüken wies darauf hin, dass der Vorschlag auch bereits in Vorjahren gemacht worden sei.

Herr Mohr wies auf die im Abwasserbereich noch bestehenden Reste von rd. 1,6 Mio. € hin (Seite 30; B 4).

Herr Hinrichs erläuterte, dass in 2009 rd. 1,5 Mio. € an Resten im Abwasserbereich nicht weiter übertragen worden seien. Es verbleiben noch zwei Bereiche; unter anderem auch ein Teil für die westliche Stadt.

Grundsätzlich müssten die Mittel entsprechend den geltenden Haushaltsbestimmungen aber auch aufgrund der Ratsbeschlüsse bis zum Abschluss einer Maßnahme vorgehalten werden.

Herr Foest bat darum, bezogen auf die bestehenden Haushaltsausgabereste nicht allein die Verwaltung verantwortlich zu machen. Sie folge lediglich den Beschlüssen des Rates. Hier sei in erster Linie die Politik gefordert.

Auch hinsichtlich der freiwilligen Aufgaben müsse die Politik grundlegende Entscheidungen treffen, wie bereits mehrfach seitens des RPA und nun auch vom NKPA hingewiesen würde. Hier müsse man restriktiver herangehen. Die Verwaltung solle aber warnend auf zu hohe Standards in diesem Bereich hinweisen.

Wenn man seine Schulden in den Griff bekommen wolle, müsse auch zu unliebsamen Maßnahmen gegriffen werden.

Frau Bockhöfer wies in diesem Zusammenhang auf die unterschiedliche Förderung der Kindergärten hin. Hier müsse es eine Sondersitzung geben, um neue Strukturen festzulegen. Die Gesamtkosten müssten grundsätzlich zurückgefahren werden.

Herr Schmidt wies deutlich darauf hin, dass Politik nicht nach der Haushaltslage betrieben werde, sondern sich in erster Linie nach den Bedürfnissen der BürgerInnen richten müsse. Die Beratung zu der Förderung der Kindergärten gehöre in den zuständigen Fachausschuss. Er sei zudem der Ansicht, dass in diesem Bereich jeder Euro sinnvoll ausgegeben werde. Zudem gebe es eine gesetzliche Verpflichtung des Bundes, bis Ablauf 2012 entsprechende Kinderkrippen einzurichten. Dies müssten die Kommunen umsetzen.

Frau Bockhöfer machte deutlich, dass nur das ausgegeben werden könne, was vorhanden sei.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, bat der Vorsitzende um Abstimmung.

Beschluss: (10 JA-Stimmen, 1 NEIN-Stimme)

Dem Rat wird empfohlen, gemäß § 101 Abs. 1 NGO

a) die Jahresrechnung 2008 zu beschließen

... und ...

b) dem Bürgermeister die Entlastung zu erteilen.

TOP 4 Haushalt 2011 - Verwaltungshaushalt (Entwurf) (wird Freitag nachgereicht)

Herr Sattler wies einleitend auf die bereits vorliegende Investitionsliste hin. Nunmehr habe die Verwaltung auch bereits den Entwurf den Verwaltungshaushaltes 2010 vorgelegt.

Herr Hauschild ergänzte, dass aufgrund fehlender Grundlegendaten die Festsetzungen der FAG-Ansätze nicht eingearbeitet worden seien. Ebenfalls ohne Ansatz seien derzeit die noch nicht feststehende Zuführung zum Vermögenshaushalt sowie die Zinsen für die Kreditmarktmittel. Sobald genauere Berechnungsunterlagen vorliegen würden, werde die Verwaltung den Einzelplan mit den neuen Daten nachliefern.

Für die CDU-Fraktion sprechend teilte Herr Düngemann mit, dass es noch keine intensiven Beratungen in der Fraktion gegeben habe; daher werde er hier nur einzelne Fragen stellen. So habe er bereits am 30. September den städtischen Wohnungsbe-

reich angesprochen. Mehrere Gutachten dazu würden vorliegen. Seine Fraktion bemängelte, dass mehrere Wohnungen leer stehen würden. Zudem habe er sich heute eine leere Wohnung in der Gräfin-Theda-Straße angesehen, die sich aus seiner Sicht in einem katastrophalen Zustand befinden würde. Dies müsste sich aus dem Abnahmeprotokoll ergeben können. Er bat darum, zu diesem Thema einen Tagesordnungspunkt auf eine der kommenden Haushalts- und Finanzausschusssitzungen zu setzen. In die Verwaltung der Wohnungen müsse mehr Struktur hineingebracht werden.

Herr Hauschild führte aus, dass ein Übergabeprotokoll erstellt werde, doch daraus ergebe sich keine Verbesserung der Wohnungen. Die Mieter würden oftmals nicht gerade sorgsam mit den städtischen Wohnungen umgehen. Anschließend dann für Schäden seitens des alten in der Regel mittellosen Mieters Schadenersatz erhalten zu können halte er für schwer realisierbar.

Für Herrn Düngemann sei wichtig, dass der Zustand der Wohnung in einen vermietbaren Zustand gebracht werden müsse.

Herr Schmidt befürwortete, dass Herr Düngemann seinerzeit auf die bestehenden Mietrückstände aufmerksam gemacht habe; der nun hier angesprochene schlechte Zustand der Wohnungen sei ebenso wichtig, aufgezeigt zu werden. Dies zeige ihm, dass es entsprechende Konsequenzen im Rathaus geben müsse, wenn die Wohnungszustände nicht verbessert werden würden. Durch derzeit noch fehlender Transparenz könne die Politik keine vernünftigen Entscheidungen treffen. Herr Schmidt bezeichnete die Arbeit hinsichtlich der Wohnungswirtschaft im Rathaus als mangelhaft. Man dürfe den Bestand der Wohnungen nicht durch fehlerhafte Bearbeitung in der Stadtverwaltung gefährden.

Herr Hauschild wies darauf hin, dass der Wohnungsbestand z.Zt. im Rahmen der Doppikumstellung erfasst und bewertet werde. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt lasse sich keine verlässliche Aussage treffen. Nach Vorliegen und Auswertung dieser Zahlen könne dies gegebenenfalls zu einer Reduzierung des Wohnungsbestandes führen oder zu gezielten Modernisierungen in verbleibende Gebäude.

Die Verwaltung sagte zu diesem Thema eine Überprüfung und Protokollantwort zu.

Protokollantwort:

Städtische Wohnungen - Gräfin-Theda-Str. 3

Der in der HFA-Sitzung am 02.11.2010 angesprochene Zustand der Wohnung in der Gräfin-Theda-Str. 3 wurde überprüft.

Der Mietvertrag für die betreffende Wohnung endete am Sonntag, den 31.10.2010.

Bei der Wohnungsabnahme am 03.11.2010 war die Wohnung in einem ordnungsgemäßen Zustand, wobei Renovierungsmaßnahmen (z. B. Anstricharbeiten) durch die Nachmieterin (Mietbeginn 01.12.2010) vorgenommen werden.

Abnahmen und Übernahmen von Wohnungen werden schriftlich festgehalten.

Das Objekt Gräfin-Theda-Str. 3 soll Ende 2011 vollständig saniert werden. Die

Nachmieterin ist mit einem Umzug während der Sanierungsarbeiten einverstanden.

Reparaturmaßnahmen bei nicht sanierten Häusern werden bis zur Sanierung von der

Stadt auf das Notwendige beschränkt. Bei dieser Wohnung wird derzeit lediglich das Badezimmer hergerichtet und die Heizung überprüft. Die Ausführung wird vor Übernahme durch die neue Mieterin kontrolliert.

Herr Mohr wies darauf hin, dass erwartet worden sei, dass im Bereich Hallen- und Freibad Synergieeffekte frei werden würden; die vermisse er aber, wenn er die Zahlen im Haushaltsplan betrachte.

Auch der UA 7300 (Wochen- und Krammärkte) habe bisher ein positives Ergebnis aufgezeigt; dies kehre sich aber in der Planung 2011 um. Es wurde zudem um Information gebeten, ob hier auch die Standgelder des Weihnachtsmarktes im UA 7300 enthalten seien.

Herr Hinrichs erläuterte zum Bereich Hallenbad, dass der zu leistende Betriebskostenzuschuss auf 430 T€ gedeckelt worden sei. Allerdings bleibe die Stadt Eigentümer des Gebäudes, bei dessen Unterhaltung es natürlich zu höheren Kosten kommen könne. Zum Bereich Märkte werde es eine Protokollantwort geben.

Protokollantwort:

Hallen- und Freibad (UA 5700)

Der höhere Zuschussbedarf von 4.300,00 € beim Hallen- und Freibad hat seine Ursache insbesondere bei der Personalkostenerstattung. Durch eine Altersteilzeitregelung eines Schwimmmeisters kommt es hier zu Verschiebungen innerhalb der Jahre.

Wochen- und Krammärkte (UA 7300)

Auch die Standgelder für den Weihnachtsmarkt werden in diesem Unterabschnitt vereinnahmt.

Die Ausgaben haben sich gegenüber den Vorjahren aufgrund allgemeiner Kostensteigerungen und gestiegenen Standards (z. B. erweiterte Zaunanlagen, Fluchtwegverbesserung) erhöht. So werden ab 2010 auch zusätzliche und modernere Toilettenwagen/-container aufgestellt.

Herr Foest dankte Herrn Hauschild für die Aussagen über den Wohnungsbestand. Er bat um Protokollantwort, warum der Ansatz „Unterhaltung bebauter Grundstücke“ von 320 T€ auf 200 T€ reduziert worden sei.

Protokollantwort:

Wohn- und Geschäftsgrundstücke (UA 8800)

Der Ausgabeansatz für die Unterhaltung von bebauten Grundstücken (8800.50010) wurde für 2011 verringert, da hier noch Haushaltsmittel übertragen werden.

Herr Foest wies darauf hin, dass bei der Bezuschussung des Hafens in Zukunft mit weiteren Steigerungen zu rechnen sei.

Herr Hinrichs erläuterte, dass dies mit dem Bypass-Fluid-System zusammenhängen würde. Die Gesamtbezuschussung sei auf 500 T€/Jahr gedeckelt worden. Herr Horst

habe aber festgestellt, dass bei dem Bypass-Fluid-System höhere Kosten – insbesondere Energiekosten – entstünden. Daher seien die Ansätze für 2010 und 2011 um 250 T€ angehoben worden; die Auszahlung erfolge bei Nachweis der Mehrkosten. Ab 2012 werde der Zuschuss wieder bei 500 T€ liegen.

Herr Foest schlug vor, die zusätzliche Einnahme der EWE von 1 Mio. € gesondert auszuweisen. Zudem bat er, die Senkung des Ansatzes in 2011 für die Unterhaltung der Gleisanlagen zu erläutern. Auch die Erhöhung bei den Straßenreinigungskosten sei erläutderungswürdig

Herr Hinrichs führte dazu aus, dass die höhere Mittelbereitstellung in 2009 und 2010 mit erforderlichen Gleisinstandsetzungen begründet worden sei. Bei der Straßenreinigung handle es sich um eine kostenrechnende Einrichtung, zu der jährlich eine Gebührenkalkulationen erstellt werde.

Herr Dr. Klasen bat, die Entwicklung der Personal- sowie der EDV-Kosten näher darzustellen. Es wurde eine Protokollantwort zugesagt.

Herr Hauschild wies zu den Personalkosten auf den Sammelnachweis 1 im Haushaltsplan hin.

Protokollantwort:

EDV-Kosten

Die hausinterne Verrechnung der EDV-Leistungen lässt sich aus der Einnahmehaushaltsstelle 0600.16980 "Erstattung EDV-Leistungen" und den Ausgabehaushaltsstellen in den jeweiligen Unterabschnitten "Kosten für Leistungen EDV" (Gliederung 67980) entnehmen. Hinsichtlich des Verteilungsschlüssels und übriger Anmerkungen wird auf den Anhang 1 verwiesen.

Entwicklung der Personalkosten

Es wird auf Anhang 2 verwiesen.

Herr Düngemann informierte sich nach dem Zuschuss für den Zollhausverein. Welche Forderungen habe die Stadt noch gegen den Verein. Er bat um Protokollantwort.

Protokollantwort:

Zuschuss Zollhausverein (UA 3300)

Der Zuschuss an den Zollhausverein wird aus der Haushaltsstelle 3300.71700 "Allgemeiner Kulturfond" gezahlt. Zu der finanziellen Situation zwischen Stadt und Zollhausverein wird auf das Protokoll des Verwaltungsausschusses vom 10.11.2010 verwiesen.

Herrn Hauschild machte deutlich, dass der EDV-Kostenansatz häufig zu politischen Diskussionen führe, doch seien Kostensteigerungen durch ständig steigende Anforderungen an die Technik und Datenauswertungen unvermeidbar. Der Wunsch, Personal durch EDV-Einsatz zu minimieren, sei illusorisch. Neue Programmeinsätze seien nicht immer nur ein Wunsch der Verwaltung, sondern basierten auf gesetzli-

chen Anforderungen. Die Stadt Leer sei seiner Kenntnis nach hier auf gut aufgestellt und auf dem richtigen Weg.

Frau Bockhöfer wies auf die Diskussionen zum Haushalt 2010 zu diesem Thema hin. Hauptsächlich seien die Lizenzen der Kostenfaktor.

Herr Foest bat zu prüfen, ob man nicht auf das Betriebssystem Linux umsteigen könne.

Die kostenintensivsten Bereiche seien die Anwendungsprogramme, nicht die Betriebssysteme, so Herr Hauschild. Nicht alle Anwendungsprogramme seien linuxfähig.

Für Frau Bächle-Fiks sei klar, dass man mit EDV kein Personal einsparen könne; es werde eher mehr werden. Ein Umstieg auf Linux sei ihrer Ansicht nach mit erheblichen Kosten verbunden und daher nicht finanzierbar.

TOP 5 Vergnügungssteuer
- Sachstandsbericht
- 1. Änderungssatzung
Vorlage: 1.202/XV/1129/2010

Herr Düngemann bat um Information zu der in der Vorlage unter Ziffer 2 dargestellten Streichung einer nicht zulässigen Erschwernis für den Steuerpflichtigen.

Herr Schubert erläuterte, dass der Fachdienst Finanzen und NKR stets bemüht sei, seine Rechtsnormen auf dem aktuellen Stand der jüngsten Rechtsprechung zu halten. So sei in einem der Seminare von einem Richter am Verwaltungsgericht zum Thema Vergnügungssteuer hinsichtlich der Satzung der Stadt Leer der Hinweis ergangen, dass die bisherige Regelung, dass der Steuerpflichtige seine Einspielergebnisse monatlich abzulesen und der Stadt Leer mitzuteilen habe als nicht zulässige Erschwernis darstelle und zu löschen sei. Unbetroffen davon bleibe aber, dass Bemessungsgrundlage für die Erhebung der Vergnügungssteuer weiterhin der Kalendermonat sei. Lediglich die jeweils nach Ablauf des Kalendermonats geforderte Ablesung sei eine nicht zulässige Erschwernis. Außerdem sei die in § 6 Abs. 6 dargestellte Hinzurechnung des Testgeldes nicht erlaubt. Allenfalls habe der Steuerpflichtige zu erklären, warum Testgeld überhaupt angefallen sei. Aus Rechtssicherheitsgründen habe die Stadt Leer daher die Satzung aktualisiert.

Beschluss: (Einstimmig)

Dem Rat wird empfohlen, die Erste Änderungssatzung über die Erhebung der Vergnügungssteuer zu beschließen.

TOP 6 Informationen

Es lagen keine Informationen vor.

TOP 7 Anfragen

Da keine Anfragen gestellt wurden, schloss der Vorsitzende den öffentlichen Teil der Sitzung um 17.03 Uhr und eröffnete im Anschluss daran den nichtöffentlichen Teil.

gez. Hauke Sattler
Schubert

gez. Wolfgang Kellner

gez. Hartmut

Vorsitzende/r

Bürgermeister

Protokollführer/in

F.d.R.:

Protokollführer/in